

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 20.07.2005
Dezernat III	Amt Team 1	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

I N F O R M A T I O N

I0208/05

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	02.08.2005	nicht öffentlich
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	25.08.2005	öffentlich

Thema: Ansiedlung von Bundesbehörden und -einrichtungen

Mit dem Antrag A0038/05 wurde angeregt, sich gegenüber Landes- und Bundesregierung für die Ansiedlung von Bundesbehörden und –einrichtungen in Magdeburg einzusetzen. Zur Umsetzung des Beschlusses wurde vom Dezernat für Wirtschaft, Tourismus und Regionale Zusammenarbeit Kontakt zu verschiedenen Bundesinstitutionen aufgenommen. Der derzeitige Stand der Recherche wird nachfolgend zusammenfassend dargestellt.

1. Bundeswehr

Über das in Magdeburg stationierte Verteidigungsbezirkskommando VBK 82 wurde die Wehrbereichsleitung Ost angefragt, ob Ausgründungen und Ansiedlungen aus dem Wirkungsbereich der Bundeswehr bekannt sind. Aktuelle Absichten zu Ausgründungen und Ansiedlungen infolge von Umstrukturierungen innerhalb der Bundeswehr bestehen derzeit nicht. Eine abschließende Beurteilung der Wehrbereichsleitung Ost liegt noch nicht vor.

2. Bundesministerium für Finanzen

Der Bund ist bemüht, seine Beteiligungen auf einen wirtschaftlich vertretbaren Rahmen einzuschränken. Für viele Ministerien wird dies seit einigen Jahren über Privatisierung gelöst. Bei vielen Privatisierungen steht jedoch aufgrund der Vorbedingungen ein Ortswechsel der Behörden außer Frage. Auf Anfrage des Oberbürgermeisters wies das Bundesministerium für Finanzen in seinem Antwortschreiben darauf hin, dass der Bund in den meisten der verbleibenden Privatisierungsfällen lediglich seinen Minderheitsanteil veräußert und die Mehrheitsgesellschafter - zumeist Länder und Kommunen – in der Gesellschaft verbleiben und somit ein Standortwechsel der Behörden in der Regel nicht in Frage kommt. Sollten Standortentscheidungen tatsächlich anstehen, wird Magdeburg aufgrund seiner Standortbedingungen einbezogen. Das Dezernat wird den Kontakt zum Ministerium fortführen.

Dr. Puchta